

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

– Drucksachen 20/2353, 20/2644 –

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr (Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz – BwBBG)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat am 28. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP den Antrag „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“ (Drs. 20/1550) mit großer Mehrheit angenommen. Mit diesem Beschluss forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem dazu auf, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen und womöglich zu beschleunigen und dabei auch die Lieferungen um schwere Waffen und komplexe Systeme – etwa im Rahmen von Ringtausch – zu erweitern, ohne die Fähigkeiten Deutschlands zur Bündnisverteidigung zu gefährden. Außerdem wurde die Bundesregierung dazu aufgefordert zu prüfen, ob weitere Waffen abgegeben werden können. Hierbei sollte auch aktiv auf Partnerstaaten zugegangen werden, um ihnen einen Ringtausch anzubieten.

Seit dem Beschluss des Bundestages hat sich die militärische Lage im Süden und im Osten der Ukraine zu Ungunsten der Ukraine weiter zugespitzt. Es ist Russland mit hohem Materialaufwand und unter teilweise horrenden Verlusten gelungen, weitere Geländegewinne im Donbass zu erzielen. Zwar setzt die Ukraine ihren zähen Abwehrkampf fort und es gelingt ihr noch, eine zusammenhängende Frontlinie zu bewahren, durch auch die ukrainischen Verluste an Menschen und Material sind hoch. Die ukrainische Armee droht auszubluten und darum bittet die ukrainische Regierung immer dringlicher um Nachschub an Waffensystemen und Munition. Der Krieg in der Ukraine ist in eine kritische Phase eingetreten, in der die fortschreitende Abnutzung der Ukraine schwerwiegende strategische Folgen hätte. Darum ist die Forderung des Deutschen Bundestages von Ende April dringlicher denn je: es braucht eine umfassende Unterstützung für die Ukraine.

Für die ukrainische Armee geht es um die rasche Zusendung verlässlichen Materials, das unverzüglich an der Frontlinie eingesetzt werden kann. Solches Material befindet sich im Bestand der Bundeswehr und soll aus der Nutzung der Bundeswehr herausgenommen werden: der Transportpanzer FUCHS.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,
1. den Bundestagsbeschlusses vom 28. April 2022 zügig weiter umzusetzen
 2. und hierzu insbesondere die kurzfristige Lieferung von 200 Transportpanzern vom Typ FUCHS zu ermöglichen.

Berlin, den 6. Juli 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion